



Jahresbericht

Aktivitäten und Erfolge 2024

Inhalt

3	In eigener Sache
4	2024: Das Jahr der Altersvorsorge
6	Organisation und Tätigkeit
12	Arbeit & Wirtschaft
14	Vereinbarkeit & Gleichstellung
16	Soziale Sicherheit
18	Bildung
20	Klima- und Energiepolitik, Aussenpolitik, Finanzpolitik und Service public
22	Kommunikation
24	Eidgenössische Abstimmungen
26	Jeunesse.Suisse
28	Bildungsinstitut ARC und Travail.Suisse Formation
30	Brücke Le Pont
32	Vertretung von Travail.Suisse in Kommissionen und Organisationen
35	Adressen

Impressum:

Konzept und Gestaltung: minz.ch

Fotos: Manuel Castellote (S.23), Keystone (S.25), ARC Formation (S.28/29), Brücke Le Pont (S. 30/31),

Travail.Suisse (alle anderen Fotos)

In eigener Sache

Travail.Suisse ist der unabhängige Dachverband von über 130'000 Arbeitnehmenden in der Schweiz.

Travail.Suisse ist durch seine Mitgliedsverbände und deren Mitglieder stark und setzt sich mit ihnen dafür ein, dass alle Menschen durch eigene Kraft ein sicheres und ausreichendes Einkommen erwirtschaften. Dadurch sind sie in der Lage, für sich und andere Verantwortung übernehmen zu können. Alle Menschen müssen die gleichen Chancen erhalten, ihr berufliches und menschliches Potenzial entfalten zu können und gesellschaftliche Anerkennung zu erhalten. Diskriminierung wird in keiner Form toleriert. Mit dieser Haltung sorgt Travail.Suisse dafür, dass die Arbeitnehmenden in der nationalen Politik, den Sozialversicherungen, der öffentlichen Verwaltung und in der Sozialpartnerschaft eine starke Vertretung haben.

Oberstes Ziel ist es, gute Arbeitsbedingungen, eine solide Aus- und Weiterbildung, eine verlässliche soziale Absicherung für die Arbeitnehmenden in der Schweiz und die Gleichstellung der Geschlechter zu gewährleisten. Die wichtigsten Themen für Travail.Suisse und seine Verbände sind Arbeit & Wirtschaft, soziale Sicherheit, Aus- und Weiterbildung sowie Gleichstellung und Vereinbarkeit. Weitere Themen sind die Finanz- und Steuerpolitik, die Energie- und Umweltpolitik sowie das Internationale.

Travail.Suisse handelt unabhängig, ist keiner Partei verpflichtet und pflegt enge Beziehungen zu Regierung und Behörden, Parlament und Parteien sowie zu Wirtschaftsverbänden.

Travail.Suisse bekennt sich zur Sozialpartnerschaft. Eine gut funktionierende Partnerschaft zwischen Arbeitnehmenden und Arbeitgebenden ist eine zentrale Voraussetzung für die Stabilität der Schweiz. Dialog statt Konfrontation lautet die Devise von Travail.Suisse. Travail.Suisse greift arbeitnehmendenrelevante Themen frühzeitig auf und gestaltet sie über alle Etappen des politischen Prozesses mit.

Die Organisation stützt sich dabei auf den intensiven Meinungs-austausch mit ihren Mitgliedsverbänden.

Travail.Suisse hat Einsitz in Expertengruppen und ausserparlamentarischen Kommissionen und nimmt im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zu allen arbeitnehmendenrelevanten Gesetzesänderungen Stellung. Travail.Suisse verstärkt diese Arbeit durch konsequente Kommunikation gegen aussen und gegen innen.

Travail.Suisse ist initiativ- und referendumsfähig. Damit verfügt die Organisation über Handlungsinstrumente, die nicht ignoriert werden können.

Travail.Suisse hat folgende Organisationen als Mitglieder: Syna, Organizzazione Cristiano-Sociale Ticinese OCST, Hotel & Gastro Union, transfair, Syndicats chrétiens interprofessionnels du Valais SCIV, Angestelltenvereinigung AV Angestellte ABB, Verband der Fachhochschuldozierenden Schweiz FH-CH, Verband der Personalvertretungen der Schweizerischen Elektrizitätswirtschaft VPE, Angestellte Drogisten Suisse, Verband der Ungarischen Christlichen Arbeitnehmer:innen der Schweiz VUCAS.

2024: Das Jahr der Altersvorsorge

Das vergangene Jahr war für die Arbeitswelt und für die Schweizer Arbeitnehmenden ein Jahr voller Herausforderungen, Chancen und Veränderungen. Nichts Neues also, und doch war es ein besonderes Jahr. 2024 war das erste Jahr in der Legislatur des neu gewählten Parlaments und mit den Abstimmungen zur Altersvorsorge – im März zur AHV und im September zum BVG – war es ein besonders intensives Jahr. Im Namen von Travail.Suisse, dem unabhängigen Dachverband der Arbeitnehmenden, freue ich mich, Ihnen den Jahresbericht zu diesem ereignisreichen Jahr zu präsentieren.

Zusammenarbeit mit dem neu gewählten Parlament

Unser Verband setzt sich zusammen mit seinen Mitgliedsorganisationen unermüdlich für die Rechte und Interessen der Arbeitnehmenden in der Schweiz ein. Im Jahr 2024 war unser Engagement besonders gefordert, wir mussten uns im Parlament neu Gehör verschaffen. Die neuen Mitglieder des Parlaments standen dabei besonders im Fokus, ebenso die Mitglieder der für uns relevanten Kommissionen – denn in den Kommissionen wird die Detailarbeit im Parlament geleistet. Sehr hilfreich ist, dass wir mit Vizepräsidentin Léonore Porchet, Vizepräsident Giorgio Fonio und mit transfair-Präsidentin Greta Gysin drei Nationalratsmitglieder aus unseren Reihen haben. Unsere Zusammenarbeit haben wir im letzten Jahr intensiviert und Vorstösse gemeinsam entwickelt.

Legislaturplanung mit ersten Pflöcken

Es ist immer wieder von Vorteil, anerkannter Sozialpartner-Dachverband zu sein. Wenn sich Bundesrat und Parlament mit der «Wirtschaft» austauschen wollen, laden sie die Dachverbände der Sozialpartner ein. So wird Travail.Suisse regelmässig zu Aussprachen und Anhörungen eingeladen. So auch von der Legislaturplanungskommission – um nur ein Beispiel zu nennen – in der wir unsere Forderungen einbringen konnten. Logisch, dass unser Kongresspapier mit den konkreten politischen Forderungen für

diese Legislatur, das wir am Kongress im September 2023 verabschiedet haben, dafür die ideale Grundlage bildete. Wäre der Ständerat nicht gewesen, hätte der Nationalrat einige wichtige Forderungen von Travail.Suisse aufgenommen, so zum Beispiel die Finanztransaktionssteuer zur Finanzierung der AHV.

«Legislaturplanung» auch im Vorstand

Der Vorstand von Travail.Suisse hat seinerseits auf Vorschlag der Geschäftsleitung die Prioritäten für die kommenden Jahre auf der Grundlage dieses Kongressdokumentes festgelegt. An der Klausursitzung bei SCIV in Sion haben wir mit der Strategie für die nächsten Jahre die Prioritäten festgelegt. An der Delegiertenversammlung im April wurde der Vorstand für die nächsten vier Jahre gewählt. Nach zwei Jahren als Vizepräsident von Travail.Suisse wurde Urs Masshardt von der Hotel & Gastro Union turnusgemäss durch einen Vertreter von OCST abgelöst – Nationalrat Giorgio Fonio. Nationalrätin Léonore Porchet wurde für weitere vier Jahre als Vizepräsidentin bestätigt. Der Vorstand hat im vergangenen Jahr seine Arbeit im Sinne einer Selbstevaluation reflektiert und in Workshops Optimierungsmöglichkeiten eruiert. Es freut mich, dass wir zum Schluss gekommen sind, dass wir als Gremium gut zusammenarbeiten.

Historischer Abstimmungserfolg im März

Bei den eidgenössischen Abstimmungen am 3. März konnte Travail.Suisse gleich zweimal jubeln. Einerseits wurde die Volksinitiative für eine 13. AHV-Rente deutlich angenommen. Es ist das erste Mal, dass eine Initiative mit einer solchen sozialpolitischen Forderung an der Urne angenommen wurde. Travail.Suisse und seine Verbände haben im Abstimmungskampf für das Anliegen geworben. Wir wissen, dass viele Kolleginnen und Kollegen im Alter keine gute Altersvorsorge haben und dass viele Rentnerinnen und Rentner in Armut leben. Es ist ein starkes Signal, dass die AHV-Renten auf einen Schlag um über 8 Prozent erhöht werden sollen. Die Finanzierung wird im Parlament

diskutiert, der Volksentscheid darf aber nicht dazu missbraucht werden, die AHV jetzt auszuhungern. Am 3. März wurde ausserdem über eine zweite Volksinitiative abgestimmt, die das AHV-Rententalter auf 66 Jahre erhöhen und danach an die Lebenserwartung hätte anpassen wollte. Travail.Suisse hat die Nein-Kampagne angeführt. Meine Aussage in der SRF-Sendung Arena, dass die Initiative «tödlich sei», mag überspitzt gewesen sein, aber gemäss Studien stimmt sie eben doch. Eine Erhöhung des Rentenalters reduziert die Lebenserwartung der Arbeitnehmenden, insbesondere der Arbeitnehmenden in körperlich anstrengenden Berufen. Travail.Suisse wird sich auch künftig klar gegen eine Erhöhung des Rentenalters einsetzen.

Pensionskassen-Umwandlungssatz bleibt – BVG-Reform abgelehnt

Im Herbst stimmte das Schweizer Stimmvolk über die Reform der beruflichen Vorsorge ab. Der Sozialpartnerkompromiss fand bekanntlich keine Mehrheit im Parlament. Nach der parlamentarischen Debatte war für uns deshalb klar, dass wir das Referendum ergreifen werden. Darüber habe ich bereits im letzten Jahresbericht geschrieben. Trotz breiter Front der Befürworter haben wir mit der Allianz gegen die BVG-Reform an der Urne gewonnen und der Renten-Bschiss wurde deutlich abgelehnt. «Mehr bezahlen, weniger Rente» war der Slogan und brachte die Vorlage auf den Punkt. Zum dritten Mal wurde die Senkung des Umwandlungssatzes vom Volk abgelehnt – ein weiterer Erfolg für die Arbeitnehmenden an der Urne. In diesem Jahr der Altersvorsorge haben wir viel über die Renten gesprochen und viel informiert. Das Thema wird präsent bleiben, die nächsten Abstimmungen zu AHV und BVG sind absehbar!

Gutes Verhältnis zur EU nur mit gutem Lohnschutz

Seit dem Angriff von Bundesrat Cassis auf den Lohnschutz im Sommer 2018 sind wir eng in die Diskussionen über das Rahmenabkommen und seit 2022 über die Bilateralen III involviert. Im Jahr 2024 wurden die Verhandlungen

zwischen der Schweiz und der Europäischen Union abgeschlossen. Das Abkommen bringt Verschlechterungen beim Lohnschutz. Trotz intensiver Diskussionen zwischen den Sozialpartner-Dachverbänden, den Kantonen und dem Seco brachten die parallel geführten innenpolitischen Gespräche keine Resultate. Erst Anfang 2025 konnten ein Durchbruch erzielt werden. Die Diskussion über das Verhältnis der Schweiz zur Europäischen Union wird uns weiter begleiten. Angesichts der internationalen Lage mit den Krieg in der Ukraine, im Nahen Osten und an vielen anderen Orten der Welt, sowie der Infragestellung der westlichen Bündnisse durch die USA unter Trump – kurz: angesichts der geopolitischen Instabilität – wird die Schweiz gefordert sein, ihre Position immer wieder zu überprüfen. Stabile Beziehungen zu unseren Nachbarn sind dabei sicher von Vorteil.

Ein Dankeschön

Ich habe hier nur einige wichtige Themen gestreift. Wer den Jahresbericht liest, stellt fest, dass Travail.Suisse in einer Vielzahl von Themen, Kampagnen, Projekten und Gremien engagiert ist. Diese Arbeit wird von engagierten Menschen geleistet. Deshalb spreche ich ein herzliches Dankeschön aus an alle, die sich auch im vergangenen Jahr an unserer Seite für die Arbeitnehmenden eingesetzt haben. Merci an unsere Mitgliedsverbände, Partnerorganisationen sowie an die Kolleginnen und Kollegen im Vorstand und insbesondere auf der Geschäftsstelle. Ohne ihre Mitarbeit, ihre Ideen und ihr Engagement wären wir nicht in der Lage, die Arbeitswelt aktiv mitzugestalten und die Rechte der Arbeitnehmenden zu verteidigen. Der Jahresbericht 2024 zeigt, wie wichtig es ist, zusammenzustehen und gemeinsam Lösungen für die Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft zu finden. Ich blicke zuversichtlich auf das kommende Jahr und freue mich auf die Fortsetzung unserer erfolgreichen Arbeit im Dienste der Arbeitnehmenden in der Schweiz.

Adrian Wüthrich
Präsident Travail.Suisse

Organisation und Tätigkeit

Delegiertenversammlung

Nach dem Kongressjahr 2023 stand 2024 wieder eine ordentliche Delegiertenversammlung auf dem Programm. Im April versammelten sich rund 80 Delegierte im Kongresszentrum Kreuz in Bern und verabschiedeten unter anderem vier Resolutionen, in denen sie den Schutz der Löhne und Arbeitsbedingungen, eine Krankentaggeldversicherung für alle und den Verzicht auf Sparmassnahmen im Bildungsbereich forderten. Zudem verabschiedeten sie eine Resolution für Frieden und Sicherheit in Israel und Palästina. Alexandre Fasel,

Staatssekretär des EDA, richtete sich in einem Referat zu den laufenden Verhandlungen mit der EU an die Delegierten und stellte sich anschliessend ihren Fragen.

Neben den inhaltlichen Geschäften stand auch eine wichtige Wahl auf dem Programm. Giorgio Fonio, Tessiner Mitte-Nationalrat, wurde zum neuen Vizepräsidenten von Travail.Suisse gewählt. Er bildet damit zusammen mit Léonore Porchet, der einstimmig wiedergewählten Vizepräsidentin, das Vizepräsidium von Travail.Suisse.



Die Delegierten wählen das Vizepräsidium von Travail.Suisse.

Vorstand und Vorstandsausschuss

Der **Vorstand** traf sich seinerseits sechsmal physisch. Im Februar fand die jährliche zweitägige Vorstandstreffe statt, diesmal in Sion als Gäste des SCIV. Die restlichen Vorstandssitzungen fanden ebenfalls physisch statt, dreimal bei Travail.Suisse in Bern, einmal bei Syna in Olten und im Dezember schliesslich wie bereits im Jahr zuvor, auf Einladung von Léonore Porchet und Giorgio Fonio, im Bundeshaus.

Thematisch war das Programm des Vorstands wie immer sehr breit gefächert: von der Europapolitik und dem Arbeitsgesetz über die Witwenrenten, die Umsetzung der 13. AHV-Rente bis hin zur Vernehmlassung zum Professional Bachelor und der Verabschiedung eines Positionspapiers zur Teilzeitarbeit.

Weiter hat der Vorstand beschlossen, nach der erfolgreichen Initiative für einen Vaterschaftsurlaub, die neue Familienzeit-Initiative als einer von vier Allianzpartnern zu tragen und im Frühling 2025 zu lancieren. Der Vorstand fasste zudem die Parolen zu den eidgenössischen Abstimmungen vom 3. März, 9. Juni, 22. September und 24. November.

Der 2022 eingeführte **Vorstandsausschuss** führte seine Tätigkeit zur Entlastung des Vorstands auch in diesem Jahr fort und traf sich 2024 achtmal zu einem virtuellen Austausch. Der Vorstandsausschuss setzte sich 2024 aus folgenden Mitgliedern zusammen (Stand Dezember 2024): Adrian Wüthrich (Präsident Travail.Suisse, Vorsitz), Léonore Porchet (Vizepräsidentin Travail.Suisse), Edith Siegenthaler (Travail.Suisse), Yvonne Feri (Syna), Marcel Bayard (SCIV), Matthias Humbel (transfair), Urs Masshardt (HGU) und Xavier Daniel (OCST). Die übrigen Vorstandsmitglieder sowie die Mitglieder der Travail.Suisse-Geschäftsleitung sind ebenfalls eingeladen und können je nach Interesse an den Sitzungen teilnehmen.



Giorgio Fonio wird zum Vizepräsidenten von Travail.Suisse gewählt.

Personelle Wechsel auf der Geschäftsstelle

Auch 2024 kam es zu diversen personellen Wechseln auf der Geschäftsstelle von Travail.Suisse. **Denis Torche**, zuletzt Leiter verschiedener Dossiers wie der Steuer- und Finanzpolitik, der Umwelt- und Klimapolitik sowie dem Dossier Internationales, verabschiedete sich Ende 2024 nach über 32 Jahren in die wohlverdiente Pension. Denis hatte 1992 als wissenschaftlicher Mitarbeiter beim damaligen CNG begonnen und die beiden Dachverbände in verschiedenen Funktionen durch grosse Veränderungen begleitet und mitgeprägt. Im Juni übernahm **Antonia O'Brien** als administrative Mitarbeiterin bei Travail.Suisse und ARC Formation die Nachfolge von Natacha Huguelet. Des Weiteren durften wir anfangs August **Laurent Woeffray** als Nachfolger von Selina Suter und neuen wissenschaftlichen Mitarbeiter begrüßen. Er unterstützt verschiedene Dossierverantwortliche bei ihren Tätigkeiten und übernimmt wichtige Aufgaben bei Projekten.



Denis Torche wird vom Vorstand verabschiedet.

**Per Ende 2024 setzte sich
die Geschäftsstelle wie folgt zusammen:**

- **Dr. Edith Siegenthaler**
Geschäftsleiterin, Leiterin Sozialpolitik

- **Dr. Thomas Bauer**
Leiter Wirtschaftspolitik,
Mitglied der Geschäftsleitung

- **Valérie Borioli Sandoz**
Leiterin Gleichstellungs- und Vereinbarkeitspolitik,
Mitglied der Geschäftsleitung

- **Gabriel Fischer**
Leiter Bildungspolitik,
Mitglied der Geschäftsleitung

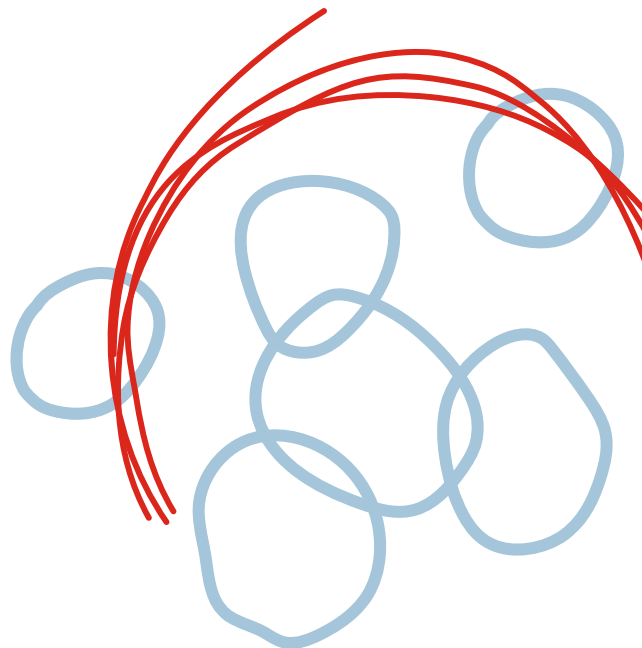
- **Lisa Schädel**
Leiterin Kommunikation,
Mitglied der Geschäftsleitung

- **Denis Torche**
Leiter Energie- und Umweltpolitik,
Steuer- und Finanzpolitik, Aussenpolitik,
Mitglied der Geschäftsleitung

- **Analena Kettner**
Assistentin der Geschäftsleitung

- **Antonia O'Brien**
administrative Mitarbeiterin

- **Laurent Woeffray**
wissenschaftlicher Mitarbeiter



Geschäftsstelle von Travail.Suisse



Dr. Edith Siegenthaler
Geschäftsleiterin,
Leiterin Sozialpolitik



Dr. Thomas Bauer
Leiter Wirtschaftspolitik
Mitglied der Geschäftsleitung



Valérie Borioli Sandoz
Leiterin Gleichstellungs- und
Vereinbarkeitspolitik
Mitglied der Geschäftsleitung



Gabriel Fischer
Leiter Bildungspolitik
Mitglied der Geschäftsleitung



Lisa Schädel
Leiterin Kommunikation
Mitglied der Geschäftsleitung



Denis Torche
Leiter Energie- und
Umweltpolitik, Steuer- und
Finanzpolitik, Internationales
Mitglied der Geschäftsleitung



Analena Kettner
Assistentin der
Geschäftsleitung



Antonia O'Brien
administrative Mitarbeiterin



Laurent Woeffray
wissenschaftlicher
Mitarbeiter

Der Vorstand von Travail.Suisse setzte sich per Ende 2024 aus folgenden Personen zusammen:

Travail.Suisse → Adrian Wüthrich
Präsident
→ Léonore Porchet
Vizepräsidentin
→ Giorgio Fonio
Vizepräsident (OCST)



→ Yvonne Feri
→ Nora Picchi
→ Véronique Rebetez
→ Danilo Ronzani
→ Johann Tscherrig



→ Alexander Bélaz



→ Hervé Bourrier



→ Adrian Reusser



→ Xavier Daniel



→ Esther Lüscher
→ Urs Masshardt

Jeunesse.Suisse → Nico Fröhli

Kantonale Vereinigungen → Felix Bischofberger



→ Marcel Bayard
→ Bernard Tissières

Rentner-kommission → Leo Eyholzer



→ Tanja Brülisauer
→ Matthias Humbel

An die Zusammenkünfte des Vorstands wurde jeweils auch **Franziska Theiler**, Geschäftsleiterin des Hilfswerks Brücke Le Pont, und die Geschäftsführerin des Bildungsinstitutes ARC, **Daphna Paz**, eingeladen (beide ohne Stimmrecht).

Arbeit & Wirtschaft

Verhandlungsergebnis mit der EU: Erneuerung der flankierenden Massnahmen?

Im Jahr 2024 wurden die Gespräche zur Erneuerung des Lohnschutzes im Rahmen der EU-Diskussion weitergeführt. Aufgrund der bisherigen Verhandlungen wurde zunehmend deutlich, dass die EU von der Schweiz auch Eingeständnisse beim Lohnschutz, sowie eine dynamische Rechtsübernahme durchsetzen will.

Aus diesem Grund haben die Sozialpartner, unter der Federführung des Seco und unter Einbezug der Kantone, parallel eine innenpolitische Auslegung zu Massnahmen vorgenommen, welche diese Verschlechterungen potenziell kompensieren können. Neben verschiedenen präventiven Massnahmen stand dabei insbesondere die für Travail.Suisse sehr bedeutende Frage der Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Gesamtarbeitsverträgen (AveGAV) im Zentrum. AveGAV sind zentral dafür, dass die inländischen Löhne und Arbeitsbedingungen in der gesamten Schweiz verteidigt werden können. Eine vereinfachte Allgemeinverbindlichkeitserklärung würde deshalb den Lohnschutz perspektivisch verbessern.

Der Bundesrat hat das Verhandlungsergebnis mit der EU am 20. Dezember 2024 den Medien vorgestellt. Die Diskussionen zu den innenpolitischen Massnahmen werden Anfang 2025 unter engagierter Beteiligung von Travail.Suisse intensiv fortgesetzt.

Nachhaltigkeitsinitiative: Massnahmen

Im Sommer 2024 begannen unter Leitung des Eidgenössischen Justizdepartements intensive Gesprächsrunden mit den Dachverbänden der Sozialpartner zur Nachhaltigkeitsinitiative («Keine 10-Millionen-Schweiz»). Diese sieht vor, dass die Bevölkerung der Schweiz vor dem Jahr 2050 10 Millionen Einwohner:innen nicht überschreiten darf. Wird diese Grenze überschritten, soll der Bund beispielsweise keine Aufenthaltsbewilligungen für vorläufig Aufgenommene mehr erteilen oder das Personenfreizügigkeitsabkommen kündigen.



Thomas Bauer im Interview mit RTS nach der Medienkonferenz Lohnergebnisse.

Travail.Suisse hat Vorschläge für Begleitmassnahmen zur Stärkung und Förderung inländischer Arbeitnehmender und für eine bessere Verteilung der Zuwanderungsgewinne in die Diskussion eingebracht. Travail.Suisse brachte unter anderem einen besseren Gesundheitsschutz für Arbeitnehmende, mehr Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten für Erwachsene, verbesserte Chancen für ausgesteuerte Personen, bessere Möglichkeiten für den Wiedereinstieg von Müttern nach einer Erwerbspause oder höhere Kinderzulagen für Familien ein.

Bundesrat Jans konnte Anfang 2025 allerdings nur ein schmales Paket mit sehr wenigen griffigen Massnahmen präsentieren. Travail.Suisse zeigte sich in einer Medienmitteilung entsprechend enttäuscht.

Lohnanalysen im Gleichstellungsgesetz: Evaluationsbericht

Unternehmen mit 100 oder mehr Angestellten sind seit 2020 verpflichtet, ihre Löhne auf mögliche Diskriminierung zu überprüfen. Das Gesetz sieht jedoch keine Kontrollen oder Sanktionen vor, wenn die Unternehmen das Gesetz nicht einhalten. Travail.Suisse hat deshalb 2020 das Projekt RESPECT8-3.CH lanciert. Ziel war es unter anderem, die Unternehmen über die Sozialpartnerschaft zur

Durchführung von Lohnanalysen zu motivieren und die Ergebnisse anschliessend ihren Mitarbeitenden zu kommunizieren.

Ab 2023 wurde diese weisse Liste durch eine schwarze Liste ergänzt, für Unternehmen welche Travail.Suisse über ein Whistleblowing-Tool gemeldet wurden. Die Erfahrungen mit der weissen und der schwarzen Liste sowie die umfangreichen Daten aus den Analysen haben Travail.Suisse wertvolle Erkenntnisse geliefert. Diese zeigen, dass das bestehende Gleichstellungsgesetz mit den Lohnanalysen zwar Fortschritte gebracht hat, dass aber Unternehmen, die keine Lohnanalysen durchführen wollen, dies auch problemlos tun können.

Travail.Suisse hat seine Erfahrungen aus vier Jahren Lohnanalysen in einem Evaluationsbericht zusammengefasst und diesen im März 2024 der Bundespräsidentin Viola Amherd, allen Parlamentsmitgliedern, sowie relevanten Organisationen übergeben.

Stress und Erschöpfung von Arbeitnehmenden: Flexibilisierung des Arbeitsgesetzes

Arbeitsbedingter Stress und die Erschöpfung nehmen bei Arbeitnehmenden stetig zu. Daran änderte sich auch im Jahr 2024 kaum etwas, wie die jährliche Befragung von Arbeitnehmenden durch Travail.Suisse und der Berner Fachhochschule im Rahmen des «Barometer Gute Arbeit» zeigte.

Travail.Suisse wies in den Medien und an öffentlichen Veranstaltungen wiederholt auf die zunehmenden Probleme im Zusammenhang mit Stresserkrankungen hin.

Auch im Jahr 2024 fanden die Anliegen der Arbeitnehmenden beim Gesundheitsschutz wenig Gehör im Parlament. Eine parlamentarische Initiative zur Aufhebung des Arbeitsgesetzes für Unternehmen, die seit weniger als fünf Jahren bestehen, wurde von der Kommission an die Sozialpartner überwiesen.

Im Verlaufe des Jahres konnte so eine Verordnungslösung erarbeitet werden, welche sich effektiv auf Start-ups bezieht und nicht einer Liberalisierung des Arbeitsrechts Tür und Tor öffnet.

Reallöhne im Rückstand: anhaltend wachsende Lebenshaltungskosten

Nach deutlichen Preisanstiegen in den Vorjahren machte Travail.Suisse zusammen mit Syna, transfair und der Hotel & Gastro Union an zwei Medienkonferenzen auf die grossen Lohnrückstände in verschiedenen Branchen und die deutlichen Anstiege der Lebenshaltungskosten aufmerksam. Der Trend, dass die Reallöhne vor allem in Branchen mit Gesamtarbeitsverträgen gesichert werden können, setzte sich auch 2023 fort. Travail.Suisse lieferte seinen Mitgliedsverbänden zudem wichtige Daten zur Entwicklung von Konjunktur, Inflation, Beschäftigung und Löhnen.

Arbeitslosenversicherung: Sparen beim Bundesbeitrag

Obwohl im Jahr 2024 letztlich kein Defizit resultierte, setzte die Sparministerin Keller-Sutter ihre Bemühungen fort, ein nicht vorhandenes Defizit zu reduzieren. Trotz intensiven Bemühungen von Travail.Suisse in den Kommissionen und im Parlament ist der Bundesrätin dies bei der Arbeitslosenversicherung gelungen.

Die Leistungen, die der Bund bei der Arbeitslosenversicherung bestellt, sollen in den Jahren 2025, 2026 und 2027 nicht mehr oder nicht mehr vollständig bezahlt werden. Damit steigen trotz guter Finanzlage die Risiken bei künftigen Krisen bzw. die Beträge können für die Versicherten aufgrund der Einsparungen nicht mehr bezahlt werden.

Vereinbarkeit & Gleichstellung

Wiedereinstieg ins Erwerbsleben

Im Juni stellte Travail.Suisse sein Positionspapier zum Wiedereinstieg ins Erwerbsleben nach einem familiär bedingten Unterbruch vor. An einer Medienkonferenz im Juni, an der die Nationalrätinnen Sibel Arslan und Isabelle Chappuis sowie Syna-Präsidentin Yvonne Feri und Travail.Suisse-Vizepräsident und Nationalrat Giorgio Fonio teilnahmen, wurden zehn Forderungen vorgestellt. Die drei Parlamentsmitglieder präsentierten an der Medienkonferenz ihre Vorstösse zum Thema.

Finanzierung der familienergänzenden Kinderbetreuung

Im September 2023 hat sich Travail.Suisse im Rahmen der Vernehmlassung zur Vorlage der WBK-N dafür eingesetzt, dass die familienergänzende Kinderbetreuung als Service public betrachtet wird. Im Juni 2024 kritisierte Travail.Suisse die Vernehmlassungsvorlage der ständerätlichen WBK, die sich stark von derjenigen ihrer Schwesterkommission unterschied. Der Dachverband kritisierte den Entwurf scharf, da er die ursprünglichen Ziele nicht erfüllt: Senkung der Kosten für die Eltern, Gewährleistung einer nachhaltigen Unterstützung

durch den Bund, Verbesserung der frühkindlichen Bildung und Verbesserung der Vereinbarkeit von Familien- und Berufsleben. Im Dezember nahm der Ständerat den Entwurf seiner Kommission zur Einführung einer neuen Betreuungszulage an. Mit Stichtentscheid des Präsidenten entschied er jedoch, dass die Programmvereinbarungen mit den Kantonen aufgehoben werden sollen, womit die Unterstützung des Bundes für die familienergänzende Kinderbetreuung ab Ende 2026 ersatzlos wegfallen würde.

Vorbereitung der Familienzeit-Initiative

Ende Jahr hat Travail.Suisse beschlossen, dem Verein «Paritätische Familienzeit» beizutreten, um in einer breiten Allianz eine Volksinitiative für die Einführung einer paritätischen Elternzeit zu lancieren. Nach über zwanzig gescheiterten Vorschlägen im Parlament ist es an der Zeit, den Bedürfnissen der Familien und der Zivilgesellschaft auf nationaler Ebene Gehör zu verschaffen. Gemeinsam mit Alliance F, den Grünen Schweiz, der Grünliberalen Partei und den Mitte Frauen setzt Travail.Suisse sein Engagement für die Familien in der Schweiz fort.

Ziel der Volksinitiative ist es, den Grundsatz einer bezahlten Familienzeit in der Bundesverfassung zu verankern: Der Urlaub muss für beide Elternteile gleich lang sein, mit einem Minimum von 18 Wochen für jeden Elternteil; die Familienzeit muss gut bezahlt sein, mit einem Lohnersatz von bis zu 100% für Geringverdienende; die Familienzeit ist nicht übertragbar, und maximal 4 Wochen können von beiden Elternteilen gleichzeitig bezogen werden. Die Unterschriftensammlung startet anfangs April 2025.

Aktualisierung von [info-workcare.ch](https://www.info-workcare.ch) auf 2025 verschoben

Die Arbeiten zur Aktualisierung des Inhalts der Informationsseite für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Angehörige betreuen, wurden in allen drei Sprachen abgeschlossen, während die Plattform mit einer aktuellen Technologie



Présentation des Positionspapiers zum Wiedereinstieg.

neu programmiert wurde. Es ist noch viel Arbeit nötig, um die Adressen zu aktualisieren, die grösstenteils nicht mehr aktuell sind. Diese Arbeiten werden 2025 abgeschlossen.

Sexuelle Belästigung, Teilzeitarbeit und betreuende Angehörige

Im Jahr 2024 wurden im Parlament rund 60 Vorstösse zu arbeitnehmendenrelevanten Gleichstellungsfragen eingereicht, u. a. zum Thema sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz, nachdem eine Studie des SECO und des Eidgenössischen Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann mit alarmierenden Ergebnissen veröffentlicht worden war. Fast 60 Prozent der Frauen geben an, sexistisches oder sexualisiertes Verhalten am Arbeitsplatz erlebt zu haben. Besonders gefährdet sind junge Frauen, die Studie zeigt, dass ein Drittel der 16- bis 25-Jährigen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz erlebt hat.

Die Teilzeitbeschäftigten sind das Ziel einiger Vorstösse aus der rechten Ecke des Parlaments, während andere Vorstösse eher auf eine Verbesserung ihrer beruflichen Vorsorge abzielen.

Die Bezahlung betreuender Angehöriger durch Spitex-Organisationen beschäftigt das Parlament weiterhin. Parlamentsmitglieder sorgen sich um die Qualität der Pflege, die Arbeitsbedingungen der Angehörigen und die Gewinne dieser Unternehmen, deren Zahl stark zunimmt. Diese Unternehmen erhalten einen gesetzlich festgelegten Stundensatz, der weit über jenem von betreuenden Angehörigen liegt.

Soziale Sicherheit

Der Schwerpunkt im Dossier Sozialpolitik lag 2024 auf den drei eidgenössischen Abstimmungen zur Altersvorsorge.

Renteninitiative

Im März kamen gleich zwei Vorlagen zur AHV an die Urne. Die sogenannte Renteninitiative der Jungfreisinnigen verlangte, dass das Rentenalter auf 66 Jahre erhöht und anschliessend an die Lebenserwartung gekoppelt und entsprechend weiter erhöht würde. Diese Vorlage hätte jene Arbeitnehmende besonders hart getroffen, die in anstrengenden Berufen arbeiten, gesundheitliche Probleme und eine tiefere Lebenserwartung haben und die sich im Gegensatz zu Gutverdienenden keine Frührenten leisten können.

Travail.Suisse hat deshalb ein Komitee zur Ablehnung der Renteninitiative gegründet, das an einer Medienkonferenz seine Argumente darlegen konnte. Zudem hat Travail.Suisse an zahlreichen Podiumsdiskussionen und weiteren öffentlichen Auftritten dargelegt, weshalb

die Initiative abzulehnen ist. Nicht zuletzt dank dieses Engagements wurde die Renteninitiative erfreulicherweise mit einem sehr deutlichen Nein von 74.7 Prozent abgelehnt.

13. AHV-Rente

Gleichzeitig mit der Renteninitiative kam die Initiative für eine 13. AHV-Rente zur Abstimmung. Diese verlangt eine Erhöhung der AHV-Renten um einen Zwölftel und wurde mit 58.2 Prozent deutlich angenommen. Damit ist es gelungen, die Höhe der AHV-Renten anzuheben und einen Schritt in Richtung existenzsichernder AHV-Renten zu gehen, wie es Travail.Suisse auch in seinem Kongresspapier fordert.

Im Sommer hat der Bundesrat die Umsetzungsvorlage in die Vernehmlassung geschickt. In der Wintersession äusserte sich der Ständerat bereits zur technischen Umsetzung. Die 13. AHV-Rente soll auf 2026 eingeführt und einmal jährlich im Dezember ausbezahlt werden. Allerdings hat die zuständige Ständeratskommission die Finanzierung der 13. AHV-Rente zurückgestellt.



Medienkonferenz des überparteilichen Komitee «NEIN zur Renteninitiative» im Bundesmedienzentrum.

Der Bundesrat hatte vorgeschlagen, diese über eine Erhöhung der Mehrwertsteuer bei einer gleichzeitigen temporären Senkung des Bundesbeitrags an die AHV zu finanzieren. Travail.Suisse hat sich für eine Finanzierung aus Lohnprozenten und allenfalls eine Erhöhung der Mehrwertsteuer ohne Senkung des Bundesbeitrags ausgesprochen.

Reform der beruflichen Vorsorge

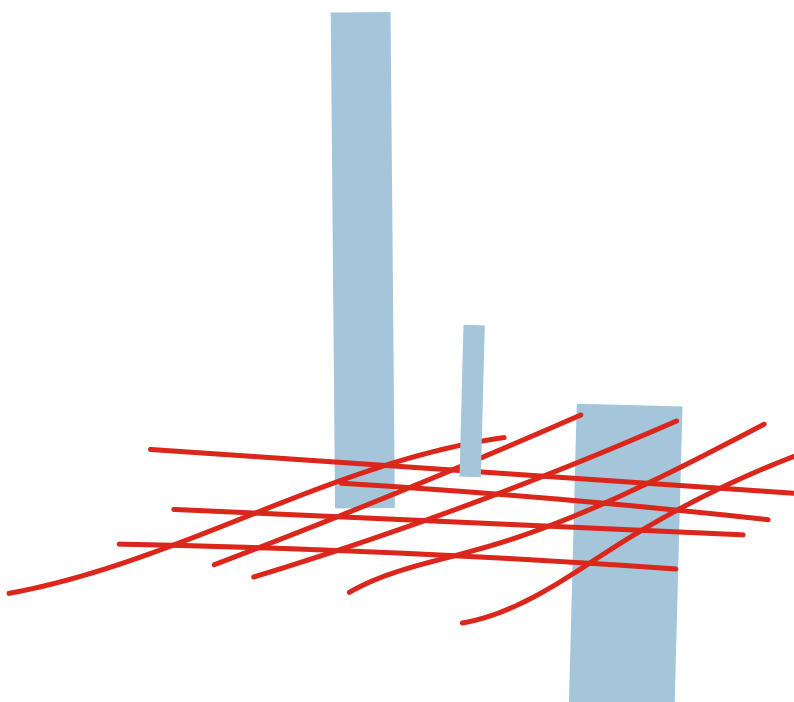
Im September 2024 fand die Abstimmung über die Reform der beruflichen Vorsorge statt. Die Reform hätte zu höheren Kosten für die Versicherten geführt, ohne das Ziel verwirklichen zu können, die Leistungen für die Versicherten zu garantieren. Deshalb hatte Travail.Suisse mit seinen Verbänden das Referendum ergriffen. Vor der Abstimmung haben wir die Vermögensverwaltungskosten der grössten Pensionskassen unter die Lupe genommen und die grossen Unterschiede thematisieren können.

Die Stimmbevölkerung unterstützte das Referendum und lehnte die Vorlage mit 67.1 % klar ab. Es wird sich nun zeigen, wie und ob der Bundesrat eine nächste Reform der zweiten Säule angehen will. Im Moment stehen die meisten Pensionskassen finanziell sehr gut da und es ist an uns, in den paritätisch besetzten Stiftungsräten der Pensionskassen Einfluss zu nehmen, damit die Versicherten gute Leistungen erhalten.

Krankentaggeldversicherung und Familienzulagen

Weiter ist im Parlament etwas Bewegung in die Frage der Krankentaggeldversicherung gekommen. Die Schweiz kennt aktuell kein Obligatorium bei der Krankentaggeldversicherung. Im Juni wurde ein Vorstoss überwiesen, der vom Bundesrat eine Auslegeordnung zum Thema verlangt, um festzustellen, wie diese Lücke in der sozialen Absicherung geschlossen werden kann.

Schliesslich gibt es eine positive Meldung zu den Familienzulagen. Der Bundesrat hat die Familienzulagen erstmals erhöht. Ab 2025 werden sie der Teuerung angepasst, so dass eine Kinderzulage neu mindestens 215 Franken betragen muss und eine Ausbildungszulage mindestens 268 Franken. Dass die Anpassung der Familienzulagen an die Teuerung überhaupt schweizweit möglich ist, ist der Initiative von Travail.Suisse für faire Kinderzulagen zu verdanken, welche die aktuelle gesetzliche Regelung initiierte.



Bildung

BFI-Botschaft und Stärkung der Höheren Berufsbildung als politische Themen

Das vergangene Jahr war bildungspolitisch stark von den Beratungen zur BFI-Botschaft geprägt. Diese waren aus Sicht der Arbeitnehmenden in doppelter Hinsicht unbefriedigend. Einerseits wurde deutlich, dass Bildung nicht mehr unbestritten zu den prioritären Bundesaufgaben gehört und dementsprechend für die nächsten vier Jahre kaum mehr ein Wachstum der finanziellen Mittel beschlossen wurde. Zudem wurde die Mitfinanzierung des Bundes für das Programm *viamia* nicht nachhaltig verlängert, womit das erfolgreiche Programm in den föderalen Strukturen zerrieben zu werden droht. Erfreulicher verlief die Vernehmlassung zur Positionierung der Höheren Berufsbildung. Der Weg ist jetzt frei, um bis im Sommer 2025 eine

Botschaft zur Einführung des ergänzenden Titels «Professional Bachelor» vorzulegen und damit ein starkes Signal für den Erhalt der Attraktivität der Berufsbildung zu setzen.

Dialogforum Arbeitnehmende mit wichtigen Inputs durchgeführt

Die tripartite Berufsbildungskonferenz (TBBK) führt jährlich Dialogforen mit den Akteurinnen und Akteuren der Berufsbildung durch. Travail.Suisse organisiert dabei das Dialogforum Arbeitnehmende mit. Letztes Jahr wurden dabei spannende Anträge zur Qualität der Berufsbildnerinnen und Berufsbildner, zur besseren Anerkennung von ausländischen Abschlüssen, zum Abbau von Hürden für Menschen mit Behinderungen beim Zugang zur Berufsbildung und zur ganzheitlichen För-



12h45, die Mittagsausgabe der Tagesschau von RTS, berichtet über den Barometer Gute Arbeit.

derung der Laufbahngestaltungskompetenzen im Bildungssystem eingebracht. In der Evaluation der Gremienstruktur der TBBK wurde zudem stark auf mehr Verlässlichkeit und eine bessere Rückkoppelung der Anträge aus den Dialogforen gepocht, so dass dieses wichtige Gefäss in Zukunft noch effektiver genutzt werden kann.

Travail.Suisse lanciert das Mobilitätsprojekt swype

Das vergangene Jahr war auch die Geburtsstunde des Projekts «swype – swiss young professional exchange». Finanziert durch Movetia und Travail.Suisse bietet dieses Projekt Lehrabgängerinnen und Lehrabgängern die Möglichkeit, nach dem Lehrabschluss einen Auslandsaufenthalt zu absolvieren. In diesem ersten Jahr konnten so 17 Jugendliche einen Monat in Irland verbringen. Neben der Unterkunft bei einer Gastfamilie stand ein einwöchiger Sprachkurs und ein dreiwöchiger Arbeitseinsatz auf dem Programm. Für Travail.Suisse sind verbesserte Mobilitäts- und Austauschmöglichkeiten in der Berufsbildung ein wichtiger Beitrag zum Erhalt der Attraktivität der Berufsbildung.

«Barometer Gute Arbeit» mit interessanten Ergebnissen

Die letztjährige Durchführung des «Barometer Gute Arbeit» bestätigte, dass Stress und psychosoziale Belastungen die grössten Problemereiche in der Arbeitswelt sind. Über 40 Prozent der Arbeitnehmenden sind oft oder sehr häufig durch ihre Arbeit gestresst und die emotionale Erschöpfung am Ende eines Arbeitstages nimmt kontinuierlich zu.

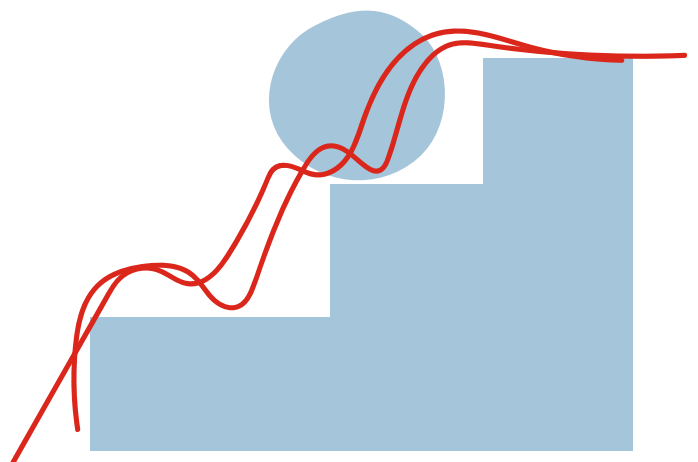
Zusätzlich wurde letztes Jahr ein Fokus auf den Themenbereich Weiterbildung gelegt. Dies ermöglicht einen Vergleich mit dem Jahr 2019. Es zeigte sich einerseits, dass die Covid-Pandemie grosse Spuren bei der Art der Weiterbildung hinterlassen hat. So haben Online-Lehrgänge und selbständiges Lernen gegenüber Kursen und Seminaren deutlich zugenommen.



Die swype-Teilnehmenden 2024.

Andererseits ist eine zunehmende Unterstützung der Arbeitnehmenden für Weiterbildungen festzustellen. Diese Zunahme beschränkt sich allerdings auf die zur Verfügung gestellte Arbeitszeit und weniger auf die direkte finanzielle Unterstützung.

Eine bessere Unterstützung der Weiterbildung für die Arbeitnehmenden bleibt eine zentrale Forderung von Travail.Suisse. Das mit der Weiterbildungsoffensive 2022 ausgerufene Credo, dass die Förderung der Weiterbildung eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe bleibt, bei der die Arbeitnehmenden die Bereitschaft zu Weiterbildung mitbringen, die Arbeitgebenden diese unterstützen und der Staat diese ermöglichen muss, gilt unverändert.



Klima- und Energiepolitik, Aussenpolitik, Finanzpolitik und Service public

Für einen gerechten Übergang

Travail.Suisse hat Forderungen aus seinem Positionspapier «Ein neuer ökologischer und sozialer Arbeitsmarkt für die Schweiz» weiter vorangetrieben. Der Schwerpunkt wurde auf den gerechten Übergang gelegt, und es ist erfreulich, dass in der Öffentlichkeit und auf Entscheidungsebene zunehmend anerkannt wird, dass eine gute Klimapolitik ihre Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen, die Beschäftigung, die Sozialpolitik und die Einkommensverteilung berücksichtigen muss.

Im Jahr 2024 hat Travail.Suisse zahlreiche Vernehmlassungen zur Energie- und Klimapolitik beantwortet, so etwa zur Änderung des Stromversorgungsgesetzes (Anforderungen an systemrelevante Unternehmen), zur Änderung des Elektrizitätsgesetzes und zur Klimaschutzverordnung.

Dank der finanziellen Unterstützung der Suva konnte Travail.Suisse im Jahr 2024 die Verbreitung des im August 2023 veröffentlichten Leitfadens «Klimaerwärmung am Arbeitsplatz. Leitfaden mit Präventionsmassnahmen und Empfehlungen» weiterführen. Dies geschah insbesondere über die Verbände Syna und OCST, die den Leitfaden an ihre Regionalsekretariate und im Rahmen der paritätischen Kommissionen der am stärksten von der Klimaerwärmung betroffenen Branchen (Baugewerbe, Gartenbau, usw.) verteilten. Der Leitfaden wurde auch an Arbeitsplätzen verteilt, die nicht immer über eine Klimaanlage verfügen (z. B. Logistik), sowie in Unternehmen des Dienstleistungssektors, die eine strenge Kleiderordnung haben, die mit Hitzeperioden unvereinbar ist.

Die mit der EU aufgenommenen Verhandlungen betreffen auch Energiefragen, insbesondere die Aushandlung eines Stromabkommens. In diesem Zusammenhang hat Travail.Suisse in enger Zusammenarbeit mit dem VPE und Syna an zahlreichen technischen Sitzungen

unter der Führung des Bundesamtes für Energie sowie an politischen Sitzungen, an denen auch Bundesrat Albert Rösti anwesend war, teilgenommen. Travail.Suisse hat sich in diesem Rahmen für ein Abkommen eingesetzt, das die Versorgungssicherheit und die Bedingungen des Service public bei einer vollständigen Marktliberalisierung, die Arbeitsmarktbeobachtung und einen Ausbildungsfonds für die Elektrizitätsbranche vollumfänglich berücksichtigt.

Internationale Konferenzen

Travail.Suisse hat an den meisten Sitzungen des Exekutivausschusses des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) teilgenommen. Die wichtigsten Themen waren Industriepolitik, Telearbeit, Plattformarbeit, Tarifverhandlungen und Löhne, die Revision der Richtlinie über die Europäischen Betriebsräte und künstliche Intelligenz. Darüber hinaus sicherte der EGB weiterhin seine volle Unterstützung zu, indem er sich auf verschiedenen institutionellen Ebenen der EU für den Schutz der Löhne in der Schweiz im Rahmen der Verhandlungen über ein institutionelles Abkommen zwischen der Schweiz und der EU einsetzte.

An der Internationalen Arbeitskonferenz der IAO, die vom 3. bis 14. Juni in Genf stattfand, war Travail.Suisse durch Franziska Theiler, Geschäftsführerin von Brücke Le Pont, die in der Kommission für menschenwürdige Arbeit und Care Economy mitwirkte, und durch Denis Torche, der die Arbeit der Kommission für Grundprinzipien und Rechte am Arbeitsplatz verfolgte, vertreten. Ein weiterer wichtiger Punkt auf der Tagesordnung der Konferenz waren die biologischen Gefahren am Arbeitsplatz. Travail.Suisse kritisierte in diesem Zusammenhang die Haltung der Schweiz, die gegen ein neues internationales Arbeitsübereinkommen zu diesem Thema war, das durch die Covid-19-Pandemie an Bedeutung gewonnen hat. Erfreulicherweise hat die Internationa-

le Arbeitskonferenz beschlossen, ein Übereinkommen und eine Empfehlung auszuarbeiten, die Präventions- und Schutzmassnahmen, Datenerhebungen, die Überwachung der Einhaltung der Rechtsvorschriften, die Pflichten und Verantwortlichkeiten der Arbeitgeber sowie die Rechte und Pflichten der Arbeitnehmer und ihrer Vertreter beinhalten. Die Diskussion wird 2025 fortgesetzt.

Travail.Suisse verfolgte das ausserpolitische Dossier auch durch die Mitwirkung in anderen Gremien, insbesondere durch die Einsitznahme in der NAP-Begleitgruppe «Wirtschaft und Menschenrechte», im Ausschuss des Nationalen Kontaktpunkts für verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln, im EFTA-Beratungsausschuss der Sozialpartner und in der Verbindungsgruppe NGO/Bundesverwaltung für die Überwachung der Freihandelsabkommen und der Welthandelsorganisation (WTO).

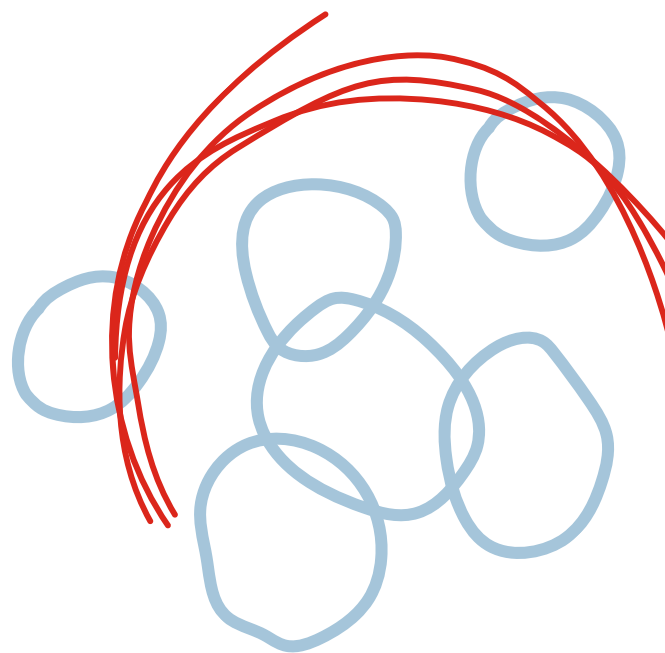
Sicherheit nicht auf Kosten der Kernaufgaben des Staates

Das wichtigste finanzpolitische Thema im Jahr 2024 war die Fortsetzung der Sparprogramme, die 2023 begonnen hatten. Anfang 2025 wird eine Vorlage in die Vernehmlassung geschickt, die Einsparungen von 3 bis 4 Milliarden Franken vorsieht, insbesondere aufgrund neuer Prioritäten im Sicherheitsbereich (Erhöhung der Mittel für die Armee). Travail.Suisse hat sich bereits gegen solche Einsparungen ausgesprochen, insbesondere weil die Finanzlage des Bundes nach wie vor gut ist und weil die grössten Einsparungen in Bereichen vorgesehen sind, die für die Sicherung der Lebensqualität und des künftigen Wohlstands zentral sind, wie Bildung, Klimapolitik, öffentlicher Verkehr, Sozialversicherungen und Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Im Bereich der Steuern hat Travail.Suisse die Behandlung der Individualbesteuerungsinitiative und des indirekten Gegenvorschlags des

Bundesrates im Parlament verfolgt. Dabei vertrat Travail.Suisse die Position, dass der Übergang zur Individualbesteuerung unter der Bedingung befürwortet wird, dass die Steuerausfälle stark begrenzt werden und keine neuen Ungleichheiten in der Steuerbelastung zwischen den Haushaltstypen entstehen.

Travail.Suisse hat in Bezug auf den Service Public, oft in Zusammenarbeit mit transfair, auf verschiedene Vernehmlassungen geantwortet, die insbesondere den öffentlichen Verkehr sowie den audiovisuellen Service public betrafen.



Kommunikation

Travail.Suisse trat auch 2024 mit einem breiten Themenportfolio an die Öffentlichkeit. Medienkonferenzen, Medienmitteilungen, Sessionsvorschauen und Newsletters sind nur einige der Kanäle, über die der Dachverband an die Medien und die Öffentlichkeit gelangte.

Neuer Newsletter

Ende Januar war es endlich soweit, Travail.Suisse verschickte den allerersten Newsletter in seiner über 20-jährigen Geschichte. Der Newsletter löste damit den «Medienservice» ab, der jahrelang – anfangs noch per Fax – an Medienschaffende verschickt wurde und über aktuelle Themen und Fragestellungen aus den Dossiers von Travail.Suisse informierte. Der neue Newsletter richtet sich an ein breiteres Zielpublikum, will aber weiterhin dem Anspruch gerecht werden, breit und umfassend zu informieren, während gleichzeitig auch kürzere Aktualitäten sowie Neuigkeiten aus den Verbänden hier ihren Platz finden sollen.



Adrian Wüthrich im Bundesmedienzentrum.



Yvonne Feri, Präsidentin von Syna, im Gespräch mit dem Tessiner Fernsehen.

Medienkonferenzen

Im Laufe des Jahres führte Travail.Suisse vier eigene Medienkonferenzen durch, sowie drei weitere Medienkonferenzen zusammen mit anderen Akteuren. Den Anfang des Medienkonferenz-Jahres machte am 16. Januar die Medienkonferenz des überparteilichen **Komitees «Nein zur Renteninitiative»** unter Federführung von Travail.Suisse. Adrian Wüthrich und Léonore Porchet traten gemeinsam mit vier Vertreterinnen und Vertretern aller grossen Parteien und des SGB vor die Medien, um ihre Ablehnung der untauglichen Renteninitiative zu bekunden.

Am 27. Juni organisierte Travail.Suisse eine Medienkonferenz zum Thema **Wiedereinstieg ins Erwerbsleben**. Valérie Borioli Sandoz präsentierte eine umfassende Analyse zum Thema, gefolgt von Forderungen an die Politik, welche durch Syna-Präsidentin Yvonne Feri sowie die drei Nationalratsmitglieder Sibel Arslan, Isabelle Chappuis und Giorgio Fonio vorgebracht wurden.

Wenige Tage später nahm Adrian Wüthrich als Travail.Suisse-Vertreter an der Medienkonferenz zur **Lancierung der Kampagne gegen die BVG-Reform** statt, die auch von Travail.Suisse und seinen Verbänden vehement – und erfolgreich – bekämpft wurde.

Im August fand die jährliche Medienkonferenz zu den **Lohnforderungen** statt. Zusammen mit Syna, der Hotel & Gastro Union und transfair forderte Travail.Suisse aufgrund der historisch schwachen Reallohnentwicklung deutliche Lohnerhöhungen von bis zu 4 Prozent. Im Dezember konnte schliesslich eine durchgezogene Bilanz der **Resultate der Lohnverhandlungen** präsentiert werden.

Ende November fand der mediale Auftakt zu unserer neuen Volksinitiative statt, die wir gemeinsam mit einer Allianz lancieren. An einem Point de Presse kündigte Adrian Wüthrich gemeinsam mit Vertreter:innen der Allianzpartner die Lancierung der **Familien-**

zeit-Initiative an. Nur einen Tag später fand schliesslich die jährliche Medienkonferenz zum **«Barometer Gute Arbeit»** statt, der 2024 zum zehnten Mal präsentiert werden konnte. Erneut zeigten die Studienresultate das zunehmende Ausmass von Stress und Belastung in der Arbeitswelt.

Insgesamt nahm Travail.Suisse im Jahr 2024 mit insgesamt sieben Medienkonferenzen, rund 110 Medienmitteilungen, fünf Sessionsvorschauen und zehn Newsletters in deutscher und französischer Sprache Stellung zu aktuellen Themen und Geschäften aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.



Wir kündigen die Familienzeit-Initiative an!

Eidgenössische Abstimmungen

Nach einem sehr mageren 2023, was die Anzahl Volksabstimmungen betrifft, gelangte 2024 wieder eine Vielzahl von eidgenössischen Volksabstimmungen an die Urne – viele davon mit direkten Auswirkungen für die Arbeitnehmenden und somit mit entsprechenden Parolen von Travail.Suisse.

Abstimmungen vom 3. März

Im März wurde über die ersten beiden wichtigen Abstimmungsvorlagen des Jahres abgestimmt, beide zum Thema der Altersvorsorge. Erfreulicherweise sah sich Travail.Suisse bei beiden Vorlagen auf der Siegerseite – mit einem klaren Ja zu einer 13. AHV und einem noch deutlicheren Nein zur Renteninitiative, die das Rentenalter erhöhen und an die Lebenserwartung koppeln wollte. Travail.Suisse hatte im Vorfeld die Federführung des überparteilichen Nein-Komitees gegen die Initiative der Jungfreisinnigen übernommen und freute sich

umso mehr über das deutliche Nein. Beide Abstimmungsergebnisse sendeten ein deutliches Signal nach Bundesbern, dass die Bevölkerung keine weiteren Abbauvorlagen bei der Altersvorsorge mitträgt und im Gegenzug sogar einen Ausbau befürwortet.

Abstimmungen vom 9. Juni

Die erste Abstimmungsniederlage erlitt Travail.Suisse im Juni mit der Ablehnung der Prämien-Entlastungs-Initiative durch die Stimmbevölkerung und der damit verpassten Chance, tiefe und mittlere Einkommen bei den Krankenkassenprämien zu entlasten. Aus Sicht von Travail.Suisse wurde mit der Ablehnung der Initiative die Chance verpasst, die Haushalte direkt zu entlasten und die Kaufkraft von Familien und Rentnerinnen und Rentnern zu stärken. Die Initiative hätte zudem einen wichtigen Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit geleistet. Bei der Kostenbremse-Initiative



Adrian Wüthrich in der Abstimmungs-Arena zur Renteninitiative.



Freude nach der gewonnenen Abstimmung zur BVG-Reform.

hatte sich Travail.Suisse für die Stimmfreigabe ausgesprochen. Erfreulich war an diesem Abstimmungssonntag hingegen das Ja zum Stromgesetz, mit welchem der Ausbau der erneuerbaren Energien in der Schweiz und die Versorgungssicherheit gestärkt werden.

Abstimmungen vom 22. September

Im September wurde über die BVG-Reform abgestimmt. Travail.Suisse hatte sich gemeinsam mit einem breiten Referendumsbündnis gegen die Reform engagiert und einen Teil der Unterschriften beigesteuert. Gut ein Jahr nach der Einreichung der Unterschriften wurde die Vorlage von den Stimmberechtigten überaus deutlich abgelehnt – ein weiteres klares Zeichen, dass die Bevölkerung keine Verschlechterungen bei den Renten akzeptiert und eine nachhaltige und soziale Lösung fordert.

Abstimmungen vom 24. November

Mit dem doppelten Nein zu den Mietrechtsverschärfungen ging das Abstimmungsjahr für Travail.Suisse erfreulich zu Ende. Die abgelehnten Verschärfungen hätten den Mieterinnen- und Mieterschutz in einer bereits sehr angespannten Wohnsituation in vielen Städten und Gemeinden weiter geschwächt und zu einem weiteren Anstieg der Mietpreise und einer Schwächung der Kaufkraft der Arbeitnehmenden geführt. Zur Änderung des Krankenversicherungsgesetzes hatte Travail.Suisse Stimmfreigabe beschlossen, zum Ausbau der Nationalstrassen keine Parole gefasst.

Jeunesse.Suisse

Jeunesse.Suisse gibt jungen Arbeitnehmenden eine Stimme – und die braucht es heute mehr denn je. Während sich die Arbeitswelt rasant verändert, stehen junge Menschen vor zahlreichen Herausforderungen.

Wer setzt sich für faire Bedingungen in der Ausbildung ein? Wer sorgt dafür, dass die Anliegen der jungen Arbeitnehmenden in den Gewerkschaften, der Öffentlichkeit und der Politik gehört werden? Genau hier kommt Jeunesse.Suisse ins Spiel: Als Jugendkommission von Travail.Suisse vernetzt Jeunesse.Suisse junge Arbeitnehmende, bringt ihre Themen auf die politische Agenda und setzt sich für bessere Rahmenbedingungen ein.

Löhne der Lernenden, Weiterbildung und Mitgliedergewinnung im Fokus des Jugendrats

Im Rahmen des jährlich stattfindenden Jugendrats, dem Parlament von Jeunesse.Suisse, an dem alle interessierten Jugendlichen der Mitgliedsverbände teilnehmen können, wird jeweils über verschiedene Themen diskutiert, die den Jugendlichen unter den Nägeln brennen. Ziel ist es, die thematischen Schwerpunkte für das kommende Jahr festzulegen. Und an Themen mangelte es dem Jugendrat 2024, der am 28. September in Zürich stattfand, nicht. Erstmals wurde beim Jugendrat das World-Café-Format eingesetzt, um den Teilnehmenden noch mehr Mitbestimmung bei der Themenwahl zu ermöglichen. Es zeigte sich, dass die



Die Teilnehmenden des Jugendrats 2024.

Themen Lehrlingslöhne, Weiterbildung und Mitgliedergewinnung die Jugendlichen besonders beschäftigen. Viele Teilnehmende äussern sich besorgt über zu niedrige Löhne von Lernenden und jungen Berufseinsteigenden. Im Bereich der Weiterbildung wurde diskutiert, dass bestehende Angebote oft unzureichend gefördert oder schwer zugänglich sind, was viele davon abhält, sich beruflich weiterzuentwickeln. Schliesslich wurde auch die Mitgliedergewinnung für Jeunesse.Suisse und die Gewerkschaften generell diskutiert. Aus den Diskussionen ergaben sich bereits einige Forderungen, die im kommenden Jahr von der Jugendkommission verfeinert und anschliessend an die richtigen Adressaten weitergeleitet werden sollen.

Zukunftsrat U24

Die Übergabe der vom Zukunftsrat U24 ausgearbeiteten Handlungsempfehlungen im Bereich der psychischen Gesundheit an Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft, bildete am 18. Januar 2024 den Abschluss dieses Projekts. Jeunesse.Suisse war als Stakeholder in den Prozess der Ausarbeitung der Handlungsempfehlungen involviert und nahm auch an dieser Abschlussveranstaltung teil.

ENSA-Kurs «Erste Hilfe für psychische Gesundheit»

Zahlreiche Jugendliche von Jeunesse.Suisse haben am ENSA-Kurs «Erste Hilfe für psychische Gesundheit» teilgenommen, um besser auf psychische Belastungen im eigenen Umfeld reagieren zu können. Der Kurs vermittelte ihnen, wie sie Anzeichen psychischer Probleme frühzeitig erkennen und Betroffene einfühlsam ansprechen können. Sie lernten, in akuten Situationen Unterstützung zu leisten und passende professionelle Hilfe zu vermitteln. Durch praxisnahe Übungen wurde ihr Bewusstsein für psychische Gesundheit geschärft und ihre Handlungskompetenz gestärkt.



Teilnehmende des ENSA-Kurses zu psychischer Gesundheit.

Dialogforum OdA Arbeitnehmende

Das Dialogforum OdA Arbeitnehmende ist eine Plattform, die den Austausch zwischen Arbeitnehmenden und anderen Akteurinnen und Akteuren der Berufsbildung fördert, um deren Mitbestimmung zu stärken. Jeunesse.Suisse nahm als Vertreterin der jungen Generation teil und brachte die Anliegen der Lernenden und jungen Berufstätigen ein. Insbesondere setzte sich Jeunesse.Suisse für faire Ausbildungsbedingungen, bessere Weiterbildungsmöglichkeiten und eine stärkere Mitsprache junger Arbeitnehmender ein. Durch ihre Beteiligung trug Jeunesse.Suisse dazu bei, dass die Stimme der Jugend in bildungspolitische Entscheide einfliesst.

Bildungsinstitut ARC und Travail.Suisse Formation

Qualitätslabel eduQua

Im März 2024 wurde das Bildungsinstitut ARC als Mitglied des Verbands Travail.Suisse Formation erstmals mit dem Qualitätslabel eduQua zertifiziert. Dieses Label ermöglicht es, neue Angebote zu entwickeln und stärkt die Zusammenarbeit mit den Bildungsinstituten unter dem Dach von Travail.Suisse Formation. Die Erlangung sowie der Erhalt des Labels haben verschiedene Implikationen auf die Arbeit von ARC, die eine nachhaltige Qualitätssicherung des Instituts und dessen Bildungsangebots ermöglichen. So wurde ein Qualitätsmanagementsystem eingerichtet, ein gemeinsames Leitbild (Charta der Grundsätze), ein Handbuch für Kursleitende, ein Risiken- und Chancenmanagement, Grundlagen für die Sicherung der didaktischen Angebote und vieles mehr. Für Kursleitende, die über kein SVEB-Zertifikat verfügen bot ARC daher einen Einführungskurs im Mai in die Erwachsenenendidaktik an, bei dem wesentliche Grundlagen anhand von Praxisbeispielen geübt werden konnten.

Kursjahr 2024

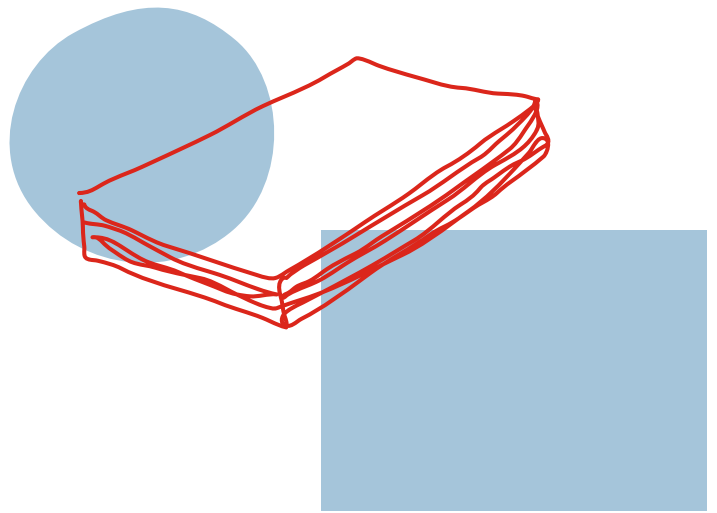
Das Bildungsangebot wurde diversifizierte und einige neue Kursleitende und deren Angebote wurden in die Weiterbildungspalette von ARC aufgenommen. Dies war dank der Einführung des Austauschgremiums von 2022 möglich. Dieses ermöglicht eine systematischere Zusammenarbeit mit den Verbänden und trägt dazu bei, sicherzustellen, dass aktuelle Bedürfnisse der Verbände und derer Mitgliedern von Beginn an einbezogen werden. In der Deutschschweiz fanden 40 Kurse an 67 Kurstagen mit insgesamt 486 Teilnehmenden statt, in der Romandie waren es 23 Kurse an 29 Kurstagen mit 185 Teilnehmenden. Die Teilnehmenden waren insgesamt sehr zufrieden mit den durchgeführten Kursen, die Durchschnittsquote der Gesamtzufriedenheit der Teilnehmendenfeedbacks lag bei 4.45 von 5 Punkten.

Neues Co-Präsidium und Neubesetzungen

ARC wurde seit Sommer 2022 von Giuliana Ambrosio, Leiterin Marketing bei transfair, interi-



Gruppenbild am Seminar «Erreiche deine Zielgruppe», April 2024.



mistisch präsidiert. An der Mitgliederversammlung 2024 wurden neu Véronique Rebetez und Nora Picchi als Co-Präsidentinnen gewählt. Die Statuten wurden zu diesem Zweck leicht angepasst, so dass die Möglichkeit des Co-Präsidiums korrekt festgehalten ist. ARC bedankte sich für das grosse Engagement von Giuliana Ambrosio, die nun wieder ihren regulären Sitz im Vorstand übernahm. Des Weiteren wurden zwei Neuzugänge in den Vorstand gewählt: Roland Carrupt, Vizepräsident SCIV, sowie Francesca Fumasoli, die im November das Amt der Kassierin übernahm.

Travail.Suisse Formation TSF

Travail.Suisse Formation TSF beschäftigte sich 2024 mit der weiteren Umsetzung der drei nationalen Projekte auf Basis des Weiterbildungsgesetzes. Daneben leistete TSF wichtige Arbeiten im Rahmen des Erasmus+-Kooperationsprojekts «Be Inclusive!». Folgende Tätigkeiten aus diesen Projekten sind an dieser Stelle hervorzuheben:

Im Projekt «Gesamtarbeitsverträge und ihre Regelungen bezüglich Weiterbildung» wurde die Studie vorangetrieben. Im Jahr 2024 fanden einige Gespräche mit folgenden Organisationen und Branchen auf Basis des Berichtsentwurfs statt: VSSM, Swissem, Gerüstbau, Lidl, Coop, KV, SBB, Swisscom, Viscom, Unia, Syna. Beim SGAB wurde überdies das Projekt im Rahmen eines Vortrages vorgestellt und diskutiert.

Die Projekte «Menschen mit Hörbehinderung und Gehörlosigkeit und ihr Zugang zur Weiterbildung» sowie «Menschen mit Sehbehinderung und Blindheit und ihr Zugang zur Weiterbildung» wurden ab 2024 sowohl in der Kommunikationsarbeit als auch in der Sensibilisierung stärker zusammengefasst. Neben Veröffentlichungen von Fachartikeln im Rahmen des TS-Newsletters sowie entsprechenden Verbreitungen auf LinkedIn wurde insbesondere ein Fachartikel in der Education Permanente des SVEB veröffentlicht.

Daneben wurden verschiedene Anlässe umgesetzt, die der Qualitätsentwicklung von Weiter-

bildungsakteur:innen im Zusammenhang mit inklusiveren Angeboten dienen sollen. Besonders hervorzuheben ist dabei die Zentralschweizer Fachtagung «Inklusion in der Weiterbildung», die in Zusammenarbeit mit dem Kanton Luzern konzipiert und am 21. Juni 2024 umgesetzt wurde und zahlreiche Akteur:innen aus dem Kanton und den umliegenden Kantonen zusammenbrachte. Zusätzlich fanden zwei Grundlagenkurse «Barrierefreie Bildungskommunikation» für Bildungsanbieter:innen in den Kantonen Zürich und Bern statt.

Im Projekt «Be Inclusive!» verfasste TSF als assoziierter Partner einen Bericht zur Situation in der Schweiz, der in einem länderübergreifenden Bericht aufgegriffen wurde: «Menschen mit Behinderungen auf dem Arbeitsmarkt: Vermittlung, Inklusion und nachhaltige Beschäftigung in KMU». Zudem beteiligte sich TSF mit der Produktion eines Lernvideos, das eine Person mit einer Sehbehinderung und deren Sichtweise auf Erfahrungen in der Arbeitswelt porträtierte. Dieses und weitere Videos, die im Frühjahr 2025 veröffentlicht werden, sollen es KMU ermöglichen, sich auf niederschwellige Weise mit der Inklusion von Menschen mit Behinderungen auseinanderzusetzen und von den Vorteilen und Best-Practice-Beispielen zu lernen.

Schliesslich beinhaltete die eduQua-Zertifizierung, die unter dem Dach von TSF im März 2024 erfolgreich erlangt wurde (siehe oben), zahlreiche Koordinations- und Qualitätsmanagementaufgaben. Die Zusammenarbeit der Mitglieder von TSF konnte dadurch weiter gestärkt werden. Im Vorstand vertritt seit der Mitgliederversammlung vom 27. Juni 2024 neu Marina Bernardo das TSF-Mitglied und Bildungsinstitut CFP-OCST.

Brücke Le Pont

Das vergangene Jahr war für Brücke Le Pont gezeichnet von stetigen Veränderungen. Während innerhalb des Programms «Arbeit in Würde» in Zusammenarbeit mit den Partner:innen vor Ort in Lateinamerika und Westafrika grosse Fortschritte erzielt wurden, musste man sich aus Brasilien zurückziehen. In der Schweiz stand derweil die Entwicklungspolitik stark unter Druck.

Westafrika-Programm: Bewusstsein für institutionelle Nachhaltigkeit steigt

In Togo und Benin wurden Arbeitsrechte und die berufliche Ausbildung gestärkt. So wurden etwa im Rahmen des Projekts Kponno in Togo anstatt der geplanten 400 insgesamt über 800 Bäcker:innen geschult. Dies war nur möglich dank lokalen Initiativen.



Zwei Landarbeiter haben dank des Projekts Mapto ihre Arbeitsbedingungen verbessert.

Derartige Resultate sind nicht nur erfreulich, sondern bestätigen den Ansatz von Brücke Le Pont. Auf der Geschäftsstelle in Fribourg ist das Denken zentral, dass Entwicklungszusammenarbeit nur dann erfolgreich sein kann, wenn Strukturen geschaffen werden, welche von den lokalen Akteur*innen getragen werden.

Die Erfolge im Projekt Kponno sind dafür exemplarisch. So wurde im vergangenen Jahr beispielsweise auch erreicht, dass ab 2025 das

Modul «Brot backen mit lokalen Mehlsorten» Teil der nationalen Bäcker:innenlehre ist. Solche nachhaltigen Strukturen schlagen sich in den Leben der Menschen nieder. Ein Beispiel: Viele Mehlerzeuger:innen haben dank der Projektaktivitäten ihr Einkommen verdoppelt.

Auch sonst war das Programm in Westafrika erfolgreich. Im Rahmen der Projekte Mapto und «Faire Ananas» haben Landarbeiter:innen ihre Arbeitsbedingungen merklich verbessert. Insbesondere auch Frauen übernehmen in diesen Projekten immer mehr Verantwortung. Die lokale Koordinatorin Nadège Houetohossou sagt dazu: «Je stärker die Frauen in den Projekten integriert sind, desto präsenter werden sie. Das ist eine grosse Freude!»

Derweil haben Tausende Frauen am Projekt Karité teilgenommen und ihr Einkommen stark erhöht. Im Projekt Kara haben sich Diskussionsforen, unter anderem in Form von Radioclubs, etabliert. Dank dieser Plattformen kann sich die Bevölkerung mit Fachpersonen in der lokalen Sprache zu wichtigen Themen wie Reisanbau, Geflügelzucht und Tierhaltung austauschen. Es gilt festzustellen: Das Bewusstsein für institutionelle Nachhaltigkeit bei den Partnerorganisationen steigt.

Lateinamerika-Programm: Ausstieg aus Brasilien vollzogen

Turbulenter war das vergangene Jahr für das Lateinamerika-Programm. So musste Brücke Le Pont aus Brasilien aussteigen. Dieser Entscheid war nicht freiwillig, sondern steht in engem Zusammenhang mit den politischen Entwicklungen in der Schweiz. Seit 2021 fährt die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit in Lateinamerika zurück. Nun, per Ende 2024, wurde diese eingestellt.

Die Qualität des Brasilien-Programms zeigte sich bis zum Schluss. In Piauí und Maranhão, den ärmsten Regionen des Landes, hat Brücke Le Pont zusammen mit ihren Partner:innen



Nach einem halben Jahrhundert ist Brücke Le Pont aus Brasilien ausgestiegen. Die Erfolge jedoch bleiben.

auch im vergangenen Jahr Tausenden benachteiligten Jugendlichen eine hochwertige Ausbildung ermöglicht und erfolgreich gegen moderne Sklaverei gekämpft. Auch wenn der institutionell nachhaltige Ansatz von Brücke Le Pont ermöglicht, dass die Erfolge bleiben: Der Ausstieg aus Brasilien schmerzt. So sagt Franziska Theiler, Geschäftsleiterin von Brücke Le Pont: «50 Jahre waren wir in Brasilien aktiv und haben sehr viel erreicht. Ein Landesprogramm aufzugeben, das so gut funktioniert, tut einfach weh.

Die schwindende Rückendeckung der Schweiz für die Entwicklungszusammenarbeit in Lateinamerika hatte auch Auswirkungen auf die Programme in Honduras und El Salvador. Dennoch gab es auch dort grosse Erfolge. Über 2000 Jugendliche haben im Laufe des vergangenen Jahres eine Ausbildung erfolgreich abgeschlossen.

In El Salvador wurde in Zusammenarbeit mit drei Partnerorganisationen FUSALMO, FE Y ALEGRIA und SSPAS ein Netzwerk für menschenwürdige Jugendbeschäftigung (REDI) aufgebaut. Dieses hilft Jugendlichen in prekären Lebensbedingungen nicht nur eine Arbeitsstelle, sondern würdige Arbeit zu vermitteln.

Somit konnten von den 924 ausgebildeten Jugendlichen 396 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze vermittelt werden.

Derweil macht in Honduras das Gesetz über Gesundheit am Arbeitsplatz Fortschritte und durchläuft derzeit den innenpolitischen Prozess. Die Partnerorganisation CEDM hat im Jahr 2024 internationale Arbeitsgerichtsverfahren gewonnen. 328 Frauen haben deshalb erhebliche Beträge in Höhe von zusammengerechnet 1,8 Millionen Dollar und damit 100 Prozent der nicht gezahlten Löhne zurückerhalten, die auf Gerichtsverfahren gegen Textilfabrik-Unternehmen und internationale Marken beruhen.

Entwicklungspolitik: Rauer Wind in Bern

Nun zur Bundespolitik. Insbesondere in der zweiten Jahreshälfte baute die bürgerliche Mehrheit im Parlament einen immensen Druck auf die internationale Zusammenarbeit (IZA) auf. Das Resultat waren drastische Kürzungen. Schwer wiegt vor allem der Entscheid, den wichtigen und richtigen Wiederaufbau der Ukraine mit 1.5 Milliarden Franken nicht ausserordentlich zu finanzieren, sondern im Zahlungsrahmen der Strategie zur internationalen Zusammenarbeit 2025-28 zu integrieren. Gleichzeitig haben sich National- und Ständerat auf eine zusätzliche Kürzung von 151 Millionen Franken in der Entwicklungszusammenarbeit geeinigt. Faktisch stehen der IZA somit nicht 11.27 Milliarden, sondern nur rund 9.6 Milliarden Franken zur Verfügung.

Umso wichtiger wird in diesem angespannten Umfeld jegliches Engagement. Brücke Le Pont dankt allen Spender:innen und Freiwilligen herzlich für den wertvollen Beitrag! Dank dieser wirksamen Unterstützung können jedes Jahr Tausende Menschen in Lateinamerika und Westafrika ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen nachhaltig verbessern.

→ **Aktuell informiert über die Arbeit von Brücke Le Pont bleiben Sie dem Newsletter: bruecke-lepont.ch/newsletter**

Vertretung von Travail.Suisse in Kommissionen und Organisationen (Stand 31. Dezember 2024)

Arbeit & Wirtschaft

- **Eidgenössische Kommission für Wirtschaftspolitik**
Adrian Wüthrich
- **Kontaktgruppe Schweizerische Nationalbank SNB**
Adrian Wüthrich
- **Tripartite Kommission des Bundes im Rahmen der flankierenden Massnahmen zum freien Personenverkehr (TPK Bund FlaM)**
Thomas Bauer, Nora Picchi
- **Aufsichtskommission für den Ausgleichsfonds der Arbeitslosenversicherung**
Thomas Bauer, Marcel Bayard, Nico Fröhli
- **Eidgenössische Arbeitskommission**
Thomas Bauer, Nora Picchi
- **Eidgenössische Einigungsstelle zur Beilegung von kollektiven Arbeitsstreitigkeiten**
Nora Picchi, Greta Gysin
- **Eidgenössische Kommission für Bundesstatistik**
Valérie Borioli Sandoz
- **Eidgenössische Arbeitszeitgesetzkommission (öffentlicher Verkehr)**
Werner Rüegg, Greta Gysin (Ersatzmitglied)

Soziale Sicherheit

- **Eidgenössische Kommission für die Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung**
Edith Siegenthaler
- **Eidgenössische Kommission für die berufliche Vorsorge**
Edith Siegenthaler, Nico Fröhli
- **Auffangeinrichtung BVG, Stiftungsrat**
Urs Masshardt, Adrian Wüthrich
- **Sicherheitsfonds BVG, Stiftungsrat**
Edith Siegenthaler (Präsidentin)
- **Suva-Rat**
Thomas Bauer, Tanja Brülisauer, Nicole De Cerjat (KV Schweiz), Urs Masshardt, Yvonne Feri, Adrian Wüthrich

-
- **Eidgenössische Kommission für Arbeitssicherheit EKAS**
Michele Aversa
 - **Ausgleichsfonds AHV/IV/EO (Compenswiss), Verwaltungsrat**
Adrian Wüthrich
 - **Eidgenössische Kommission für Familienfragen**
Valérie Borioli Sandoz
 - **Pro Familia Schweiz**
Edith Siegenthaler, Valérie Borioli Sandoz (auch Vorstandsmitglied)
 - **PK-Netz – BVG-Plattform der Arbeitnehmenden, Vorstand**
Adrian Wüthrich

Gleichstellung & Vereinbarkeit

- **Eidgenössische Kommission für Frauenfragen**
Edith Siegenthaler
- **Interessengemeinschaft Angehörigenbetreuung IGAB, Vorstand**
Adrian Wüthrich (Präsident)

Migration

- **Eidgenössische Migrationskommission**
Véronique Rebetez

Bildung

- **Spitzentreffen der Berufsbildung**
Adrian Wüthrich, Gabriel Fischer
- **Tripartite Berufsbildungskonferenz**
Gabriel Fischer
- **Stiftung SwissSkills, Stiftungsrat**
Gabriel Fischer
- **Schweizerische Hochschulkonferenz, Ausschuss Arbeitswelt**
Gabriel Fischer
- **Schweizerische Gesellschaft für angewandte Berufsbildungsforschung SGAB, Vorstand**
Gabriel Fischer
- **Schweizerische Konferenz der Höheren Fachhochschulen, Vorstand**
Gabriel Fischer

Aussenpolitik

- **Eidg. Kommission zur Beratung des Nationalen Kontaktpunktes für die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen**
Denis Torche
- **Tripartite Kommission für Angelegenheiten der IAO**
Franziska Theiler
- **Begleitgruppe Nationaler Aktionsplan für die Umsetzung der UNO-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte**
Denis Torche
- **Europäischer Gewerkschaftsbund EGB, Exekutivausschuss**
Adrian Wüthrich, Denis Torche (Stellvertreter)
- **EFTA-Konsultativausschuss**
Denis Torche, Gabriel Fischer (Stellvertreter)

Mitgliederbestand der Mitgliedsorganisationen

	2023	2024
Syna	55'469	55'685
Organizzazione Cristiano-Sociale Ticinese OCST	38'001	38'000
Hotel & Gastro Union	15'389	16'342
Syndicats chrétiens du Valais SCIV	10'243	10'485
transfair	10'368	10'431
Angestelltenvereinigung AV Angestellte ABB	1'266	1'302
Verband der Personalvertretungen der Schweizerischen Elektrizitätswirtschaft VPE	1'050	1'050
Verband der Fachhochschuldozierenden Schweiz FH-CH	547	479
Angestellte Drogisten Suisse	131	125
Verband der Ungarischen Christlichen Arbeitnehmer:innen der Schweiz VUCAS	33	33
Total	132'497	133'932

Adressen

Geschäftsstelle

Travail.Suisse

Hopfenweg 21 | Postfach | 3001 Bern
031 370 21 11 | info@travailsuisse.ch
www.travailsuisse.ch

Mitgliedsorganisationen

Syna – die Gewerkschaft

Römerstrasse 7 | Postfach 1668 | 4600 Olten
044 279 71 71 | info@syna.ch
www.syna.ch

Organizzazione Cristiano-Sociale Ticinese OCST

Via S. Balestra 19 | 6900 Lugano
091 921 15 51
segretariato.cantonale@ocst.ch
www.ocst.ch

Hotel & Gastro Union

Postfach | 6002 Luzern
041 418 22 22 | info@hotelgastrounion.ch
www.hotelgastrounion.ch

transfair – der Personalverband

Hopfenweg 21 | Postfach | 3000 Bern 14
031 370 21 21 | info@transfair.ch
www.transfair.ch

Syndicats chrétiens du Valais SCIV

Place du Midi 24 | 1950 Sion
027 327 34 56 | info@sciv.ch
www.sciv.ch

Angestelltenvereinigung AV Angestellte ABB

Segelhofstrasse 9P / Trakt M
5405 Baden-Dättwil
058 589 37 17 | info@avabb.ch
www.avabb.ch

Verband der Fachhochschuldozierenden Schweiz FH-CH

Hopfenweg 21 | Postfach | 3001 Bern
031 370 21 11 | sekretariat@fh-ch.ch
www.fh-ch.ch

Verband der Personalvertretungen der Schweizerischen Elektrizitätswirtschaft VPE

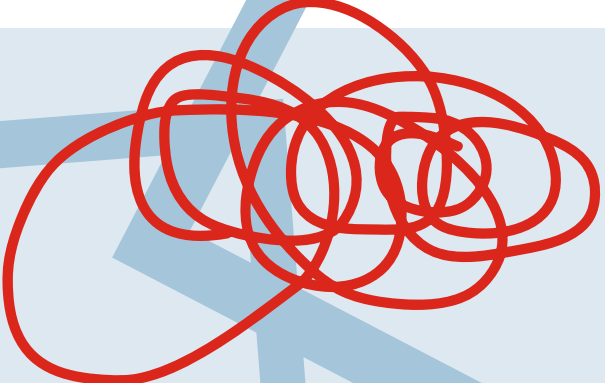
3000 Bern | 0844 873 873 (4 Rp./Min.)
info@vpe.ch
www.vpe.ch

Angestellte Drogisten Suisse

Steinentorstrasse 13 | Postfach 223
4010 Basel
061 261 45 45 | info@drogisten.org
www.drogisten.org

Verband der ungarischen christlichen Arbeitnehmer:innen der Schweiz VUCAS

Postfach 2408 | 8021 Zürich 1



**Travail.Suisse,
der unabhängige
Dachverband der
Arbeitnehmenden.**

